Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 18. Montag den 22. Januar. 1849.

Inland.

Berlin, den 21. Januar. Se. Hoheit der Herzog Gustav von Mecklenburg-Schwerin und Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz sind nach Neu-Strelitz abgereist. — Der Königliche General-Major und Ober-Befehlshaber der Deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, von Bonin, ist nach Schleswig abgereist.

Dem Oberlehrer Liebetreu am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Auf zu den Wahlen!

* Nur wenige Stunden trennen uns von dem verhängnißvollen Wurf, der die Geschicke des Vaterlandes für die nächste Zukunft mit zu entscheiden bestimmt ist. Es werden heute die Wahlmänner ernannt; in den Wahlmännern aber liegt schon der Deputirte angedeutet. Wie der Wahlmann, so der aus seinem Votum hervorgehende Deputirte. Darum zum letzten Male erinnern wir an die nöthige Vorsicht: Nur wer offen und ehrlich sich für die konstitutionelle Monarchie erklärt, nur wer an der Gleichberechtigung aller Stände, aller Confessionen ohne winkelzügigen Rückhalt mit unzweideutiger Aufrichtigkeit festhält, nur wer ein Herz hat für die Noth der Armen und in seinem engern Kreise schon mit Eifer und Hingebung nach dieser Seite hin sich thätig erwiesen, wer in seinem eigenen Hause sich der Ordnung, in seinem Privatleben sich der Rechtschaffenheit befleißigte, daß ihm ein Jeder vertrauensvoll die eigenen Angelegenheiten in die Hand geben würde, nur den Mann wählen wir zum Wahlmann. Doch noch Eine Warnung haben wir hinzuzufügen: es taucht in unserer Mitte plötzlich der Versuch auf, uns abermals von dem festen Ankergrund, den wir durch die Verfassung vom 5. Dec. v. J. gewonnen hatten, wieder hinauszuschleudern in die hohe See der Zweifel und Ungewißheiten, in die tobende Fluth der Leidenschaften und Zerwürfnisse, die uns von dem ungeschickten Zauberlehrling, von der Majorität der aufgelösten N.-V. am 9. Nov. v. J. in so verderblicher Weise heraufbeschworen wurden. Der so sicher in Aussicht gewesenen Einigkeit und Verständigung unter den Deutschen droht eine gefährliche Störung durch diesen plötzlich dazwischen geworfenen Zankapfel. Denn die bei Weitem überwiegende Majorität der hiesigen deutschen Bevölkerung will sich jene einmal erlangte Basis nicht wieder entziehen lassen; wir wollen festhalten an der gegebenen Verfassung, die einen guten Ausgangspunkt liefert und auf Grund der bereits gemachten Zugeständnisse uns in der Entwickelung eines ächt freisinnigen, volksthümlichen Staatslebens weiter vorzuschreiten gestattet. Wir halten das Verfassungswerk für noch lange nicht vollendet; denn die veröffentlichte Urkunde zeigt noch viele Lücken, namentlich aber mehrere sinnverwirrende Zweideutigkeiten, die in ein klares Licht gesetzt werden müssen, wenn Ruhe und Zuversicht in die Brust des Bürgers wiederkehren soll. Aber die Verfassung birgt in sich bei alledem einen gediegenen, compacten Kern von Concessionen, den wir uns nicht wollen aus den Händen entwinden oder verflüchtigen lassen. Den zu Wahlmännern vorgeschlagenen Candidaten wollen wir daher, wenn sie den oben erwähnten Bedingungen sonst genügen, auch noch die ausdrückliche, in bestimmter Fassung zu beantwortende Doppelfrage vorlegen: Ob sie absehend von den theoretischen Reibungen und Zwiespaltigkeiten des vorigen Sommers die Verfassung vom 5. December v. J. als unverrückbaren Ausgangspunkt der weitern Berathung zu Grunde gelegt wissen wollen? ob sie ferner die Ausmerzung oder freisinnigen Emendirung der in die Verfassung eingeschlichenen Zweideutigkeiten für nothwendig und unerläßlich erachten? Nur wer beide Fragen mit gleicher Entschiedenheit bejaht, dem wollen wir vollen Vertrauens unsere Stimme geben.

Berlin, den 17. Jan. Viel zu sprechen giebt der schreckliche Tod des Decorationsmalers Gropius, eines einst sehr liebenswürdigen und beliebten Mannes, der namentlich zu der Zeit, wo er das Diorama gründete, sich der besondern Huld des verstorbenen Königs in hohem Grade zu erfreuen hatte. Er starb, indem er sich vorgestern Abend mit einem Brodmesser in die Kehle stach. Wie er dazu gekommen, ist ein Räthsel und wird wohl eins bleiben. Diejenigen, welche an einen freiwilligen Tod denken, finden ihren Anhalt in der Melancholie, welche sich bei dem Verstorbenen schon seit einiger Zeit kund gab und in seinen angeblich weniger glänzenden Verhältnissen im Vergleich mit der frühern Zeit. Andere erzählen, daß er einen Apfel gegessen, daß ihm das Kernhaus davon zwischen den Zähnen sitzen geblieben sei, und daß er mit einem Messer dieses herausarbeiten wollte, wobei denn das Messer ausgeglitten und ihm in die Kehle gefahren sei. So wenigstens sagt ein Dienstmädchen aus, welches in dem verhängnißvollen Augenblick um ihn war und vergebens einen Arzt herbeiholte. Von Gropius waren viele der schönsten Decorationen für die königl. Oper, und bekannt ist es, wie er eigends eine Schweizerreise machte, um nach der Natur die einzelnen Gegenden und Localitäten für Schillers Wilhelm Tell aufzunehmen.

— Seit einigen Wochen hat sich hier, nach Pariser Vorbildern, ein ganz neues Institut gebildet, nämlich ein — Heiraths-Bureau. Wenn man noch vor wenigen Jahren die hin und wieder in öffentlichen Blättern auftauchenden Heirathsannoncen als baare Erfindungen eines Spaßmachers betrachtete, so fand diese Art der Ausbietung gar bald ernstlichen Anklang, und man hörte nicht selten von auf diesem Wege geschlossenen Ehen. Commissionäre und schlaue alte Weiber, die hierin eine bequeme Erwerbsquelle erblickten, bemühten sich, Heirathen zu stiften, und ließen sich die gespielte Rolle eines Unterhändlers, je nach dem Vortheil, den ein oder der andere Theil durch die Heirath erreicht hatte, theuer bezahlen. Daß bei derlei Ehestiftungen dem Betruge Thür und Thor geöffnet war, davon gaben die Criminalakten, welche in dieser Beziehung in den letzten Jahren verhandelt worden sind, hinlänglich Zeugniß. Das neu errichtete Heiraths-Bureau hat sein Lebensdasein bereits durch mehrere öffentliche Anzeigen dargethan. Hiernach sind fortwährend Mädchen und Frauen mit den glänzendsten Eigenschaften, mit niederem und höherem Kapitalvermögen, je nach der Qualität der Heirathskandidaten durch dasselbe nachzuweisen. Für diesen Nachweis müssen gewisse Spesen je nach der Größe des Vermögens errichtet werden. Zur allgemeinen Aufklärung über die Geschäftsführung dieses Heiraths-Bureaus diene, daß es lediglich reiche Frauen und Mädchen nachweist, und den Heirathslustigen das Weitere zu thun selbst überläßt. Die desfallsigen Listen der heirathsfähigen reichen Schönen werden nicht etwa, wie man glauben könnte, nach desfallsigen Meldungen, sondern lediglich mit Hülfe des Wohnungs-Anzeigers und von Commissionären, die dergleichen Personen ausfindig machen, angelegt, ohne daß die Betheiligten auch nur ein Wort hiervon wissen. Wie manche unserer Damen würde sich wundern, wenn sie sehen könnte, daß sie in dieser Liste mit Ausführung ihrer persönlichen und klingenden Eigenschaften figurirt. (N. Z.)

— Ein großartiges Lokal, das an Pracht alle bestehenden weit übertreffen und nach dem Vorbilde des abgebrannten Kolosseums eingerichtet werden soll, wird gegenwärtig in der Bauhoffsgasse erbaut. Der Besitzer desselben ist der Hr. Dr. Schwarzbach. Das Lokal wird in kurzer Zeit dem Publikum geöffnet werden.

Berlin, den 19. Januar. Der Herr Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken hat unterm 16. d. M. Folgendes verfügt: Bereits unterm 11. Nvbr. v. J. habe ich in Folge des angeordneten Belagerungszustandes der Stadt Berlin und des Umkreises von zwei Meilen mehrere Zeitungen, Zeitschriften und sämmtliche Flugblätter, welche eine der Staats-Regierung feindliche Tendenz verfolgten, durch Entstellung der Wahrheit und Schmähungen auf die von der Regierung angeordnete Maßregeln Unzufriedenheit und Mißstimmung zu erregen und zu verbreiten suchten, verboten. Diese durch den Belagerungs-Zustand bedingte nothwendige Maßregel zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wird indeß, wie die Erfahrung gelehrt, dadurch häufig umgangen, daß die verbotenen Schriften unter blos verändertem Titel in derselben aufregenden Tendenz gegen die Regierung gedruckt und verbreitet werden Einer solchen absichtlich böswilligen Umgehung des Verbots kann aber nicht weiter Spielraum gegeben werden, und deshalb bestimme ich für die Dauer des angeordneten Belagerungs-Zustandes:

1) daß innerhalb des Belagerungs-Bezirks von jetzt ab keine neue Zeitungen, politische Zeitschriften und Flugblätter ohne meine besondere Erlaubniß herausgegeben werden dürfen;

2) daß diejenigen Buchdruckereien, welche ohne meine Genehmigung neue oder verbotene Zeitungen, politische Zeitschriften und Flugblätter — gleichviel unter welcher Veränderung des Titels, oder der Benennung — drucken, sofort mit Arrest belegt und während der Dauer des angeordneten Belagerungszustandes außer Thätigkeit gesetzt werden sollen.

Solches wird hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Berlin, den 17. Januar. 1849. Königliches Polizei-Präsidium.
von Hinckeldey.

— Zu den neu aufgetretenen Candidaten gehört Hr. Theodor Mundt. Er hat eine Ansprache (Revision oder Vereinbarung?) drucken lassen. Sein Bekenntniß lautet: 1) Die Revision ist Vereinbarung; 2) Kein Protest! Auch Bruno Bauer wird wieder auftreten. Er hat seine Ansicht von der Lage der Dinge in der Zeitungshalle entwickelt. Endlich präsentirt sich auch der aus dem Schuldgefängniß wieder befreite Hr. Held dem Wahlpublikum durch 2 Broschüren. Seine hier verbotene „Locomotive" erscheint, wie die Zeitungshalle jetzt in Neustadt-Eberswalde. —

Berlin, den 20. Januar. Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält in dem nicht amtlichen Theile den im Justiz-Ministerium ausgearbeiteten Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung des Personenstandes. Es ist die Absicht, diesen Entwurf den nächsten Kammern zur Begutachtung vorzulegen. Man hat es für rathsam gehalten, ihn vorher zu publiciren, um zunächst die öffentliche Meinung darüber zu hören, und nach Maßgabe derselben die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs, so weit dies erforderlich erscheint, noch vor dem Zusammentritt der Kammern abzuändern. Im Wesentlichen liegen dem Entwurfe die in der Rheinprovinz schon seit vielen Jahren geltenden und durch eine längere Erfahrung bewährten Vorschriften über die Führung der Civilstands-Register zum Grunde. Nur in einzelnen Punkten ist man davon abgewichen, namentlich so weit es darauf ankommt, die Beurkundung des Personenstandes mehr zu erleichtern, da die rheinischen Gesetze manche erschwerende Anordnungen enthalten und deshalb zu vielfachen Beschwerden Veranlassung gegeben haben.

— Der Entwurf der Gemeinde-Ordnung umfaßt in zehn Abschnitten 87 Paragraphen. Der erste Abschnitt (8 Paragr.) ist „von den Grundlagen der Gemeinde-Verfassung" überschrieben und hebt im §. 3. die bisherigen Unterschiede zwischen den Einwohnerklassen (Bürger, Schutzverwandte rc.) auf. Das Wahlrecht ist (§. 7.) von einem Census abhängig. Der zweite Abschnitt bespricht „die Wahl und Zusammensetzung des Gemeinderaths (§. 9 — 25.). Die Mitglieder des Gemeinderathes, der in Städten von 100,000 Einwohnern aus 75 Mitgliedern (Gemeinde-Verordneten) und in noch größeren Städten aus einem Verordneten mehr auf je 10,000 Einwohner besteht, werden (§. 11.) auf drei Jahre gewählt. Der dritte Abschnitt (§. 26 — 31.) handelt „von der Zusammensetzung und Wahl des Gemeinde-Vorstandes." Letzterer, die Ortsobrigkeit, besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten, als dessen Stellvertreter, und einer Anzahl von Schöffen (Stadträthen, Rathsherren u. s. w.) Die gewählten Bürgermeister und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung der Staatsregierung. Der vierte Abschnitt handelt „von den Versammlungen und Geschäften des Gemeinderaths", enthält die §§. 32 — 52. Der fünfte Abschnitt bespricht in den §§. 53 bis 58. die „Geschäfte des Gemeindevorstandes"; der sechste Abschnitt den „Gemeinde-Haushalt" (§. 59 — 64.); der siebente Abschnitt (65 — 72.) die „Sammtgemeinden"; der achte Abschnitt (§ 73. u. 74.) die „Gehälter und Pensionen"; der neunte Abschnitt (§. 75 — 81.) die „Aufsicht über die Gemeinde Verwaltung"; der zehnte Abschnitt (82 — 87.) „vorübergehende Bestimmungen". Der Entwurf einer Kreis-, Bezirks-, und Provinzial-Ordnung umfaßt 84 Artikel. Den Kreisen, Bezirken und Provinzen steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten unter Mitwirkung der Staatsregierung zu. Die Organe der letzteren sind (§. 1.) die Landräthe, Regierungs- und Oberpräsidenten, und werden von dem Könige ernannt.

— Kurz nach der Märzrevolution hatte der Auswanderungstrieb, der die Deutschen seit undenklichen Zeiten beseelt, sich mächtig ausgebreitet. Zahlreiche Gesellschaften bildeten sich. Eine Menge von Projekten lag vor. Ost-, Süd-, Westaustralien, Central- und Südamerika waren das Ziel. Ein besonderes Aufsehen erregte zur Zeit das Anerbieten des Grafen v. Hompesch, der Stadt Berlin einen bedeutenden Grundbesitz an der Bai von St. Thomas, einen der für den Handel trefflichst gelegenen Handelspunkte in der neuen Welt, abzutreten. Die Stadt verwarf dasselbe aus Gründen, die wir nicht tadeln können. St. Thomas trat in den Hintergrund. Viele glaubten es beseitigt. Doch dem war nicht so. Eine Gesellschaft, aus Handwerkern bestehend, die ihre Versammlungen im Westphälischen Kaffeehause, alte Jakobsstr., hielt, durch die Bedrängnisse, in die der Handwerkerstand gekommen, zur Auswanderung gedrängt, hatte den Kolonisationsplan, den Hrn. Selisch in St. Thomas entworfen, zu ihrer Sache gemacht und im Deutschen Interesse sich für eine Deutsche Niederlassung dort entschieden, der sie bei einiger Hülfe von Oben alle ihre Kräfte, und selbst mit Selbstverleugnung, widmen wollte; denn diese Hülfe war nothwendig, weil das, was diese ungefähr 400 Köpfe starke Gesellschaft besitzt, kaum den sechsten Theil der Ueberfahrtskosten deckt. Nachdem verschiedene Mittel, um Unterstützungen zu erringen, fehlgeschlagen, entschied sie sich, einigen bekannten und anerkannten Männern die Sorge für die Erreichung dieses Zieles zu übertragen. In einer Zusammenkunft, in welcher sie für diesen Zweck den Stadtsyndikus Hedemann und die Stadtverordneten Heyl und Gaillard gewannen, wurde beschlossen, daß Hr. Hedemann mit dem Ministerium unterhandeln sollte. Die Auswanderer stellten ihre Kräfte der Regierung zur Verfügung, um als Pioniere an geeigneten Punkten der Moskitoküste und der Bay von St. Thomas für sich und nachfolgende Auswanderer die ersten Niederlassungen zu begründen. Die Regierung erwiederte Herrn Hedemann, daß sie gesonnen wäre, Umfassendes für die Auswanderung zu unternehmen, daß sie aber in dieser Beziehung Nichts für Einzelne und Nichts ohne die Mitwirkung der Kammern thun könne. So gerechtfertigt diese Ant-

wort auch war, mußte sie doch schmerzlich für die Betreffenden sein, um so mehr, als auch der Magistrat das Gesuch um eine Hauskollette, wie sie u. A. in Darmstadt und Stuttgart für arme Auswanderer stattgefunden, abgeschlagen hatte. Die Gesellschaft, aus lauter achtungswerthen Mitgliedern bestehend, will nun in einem Aufruf sich an die bekannte Unterstützungs-Bereitwilligkeit ihrer Mitbürger wenden. Die Beiträge sollen von angesehenen Mitbürgern, unter denen man auch einen unserer ersten Banquiers nennt, angenommen und bis zur Abreise der Auswanderer aufbewahrt werden, damit die Geber eine Sicherheit gegen jeden Mißbrauch haben. Freilich werden die Projekte auf St. Thomas und die Moskitoküste aufgegeben werden müssen, die, bei sorgfältiger Wahl der Ansiedelungspunkte, richtig geleitet und im Anfang durch Staatsmittel unterstützt, nicht nur den Einwanderern, sondern auch dem Mutterlande die außerordentlichsten Vortheile gewähren würden, wogegen sie aber auch leicht das Grab einzelner rathlos dastehenden oder schlecht geleiteten Gesellschaften werden können. Unter solchen Umständen wird es mit die Aufgabe sein, die in Rede stehende Gesellschaft nach einem Lande zu führen, das ihren Kräften einen lohnenden und entsprechenden Wirkungskreis sichert. In diesem Sinne und in Anbetracht der geringen Ueberfahrtskosten hat sie sich für Montevideo oder Nordamerika entschieden. Wir würden uns unbedingt für das erstere aussprechen, wenn der Friede in diesen gesegneten und gemäßigten, einer großen Zukunft fähigen, Gegenden wiederhergestellt wäre, wo Deutschem Fleiße und Deutscher Geschicklichkeit ein weites Feld offen steht. (Spen. Z.)

— Gestern fanden auf den Rehbergen unter den Arbeitern (etwa 1000 an der Zahl) Unruhen aus Veranlassung höherer Lohnforderungen statt, wobei leider ein Schachtmeister lebensgefährlich, ein anderer sehr schwer gemißhandelt wurde. Als ein Bataillon Infanterie und eine Eskadron Kavallerie anrückten, war die Ruhe sofort hergestellt. Zu gleicher Zeit fanden am Rosenthaler und an einem andern Thore Zusammenrottungen von geringerer Bedeutung statt.

— Das Comité Preußischer Inhaber Spanischer Staatspapiere hatte unterm 15. Dec. eine Denkschrift verfaßt, und sie im Namen aller Deutschen Inhaber dieser Effekten bei der Deutschen Reichs-Versammlung eingereicht. Jetzt nun hat ein Mitglied dieses Comité's, der Dr. Tamnau, unterm 15. d. M. dem Staats-Ministerium diese Denkschrift überreicht und um Schutz für das Recht der Gläubiger gebeten. Die Antwort ist bereits gestern erfolgt und lautet:

„Ew. Wohlgeboren danke ich ergebenst für die mit dem geehrten Schreiben vom 15. d. M. mir überreichte Denkschrift des Comité's Preußischer Inhaber Spanischer Staatspapiere, und kann ich nur die Versicherung geben, daß es mir eine große Genugthuung sein würde, wenn ich zur Erfüllung der in der Denkschrift dargelegten gerechten Forderungen Preußischer Staatsbürger beitragen kann. Die dem Staats-Ministerium überreichte Eingabe in Betreff derselben Angelegenheit ist zunächst dem Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt.

Berlin, den 17. Januar 1849.

(gez.) Graf von Brandenburg."

Berlin, den 19. Januar. Vor der II. Abtheilung des Kriminal-Gerichts standen heute unter der Anklage der strafbaren Arbeits-Einstellung und Verleitung Anderer dazu die Buchdrucker-Gehülfen Magny, Dittmann, Walter, Fröhlich und Jansen, sämmtlich früher Mitglieder des Buchdrucker-Gehülfen-Vereins hier.

Das Richter-Kollegium bestand aus 3 Richtern unter dem Vorsitz des Kriminal-Gerichts-Raths Busse; als Staats-Anwalt fungirte Herr Naumann, als Vertheidiger Herr Dr. Stieber.

Die verlesene Anklage gründet sich auf die am 1. August v. J. erfolgte Arbeits-Einstellung von etwa 470 Buchdrucker-Gehülfen, welche sich den sogenannten Mainzer Beschlüssen vom Mai v. J. angeschlossen hatten und deren Lohnsätze hier von den Prinzipalen verlangten. In einer Versammlung am 30. Juli v J. der Buchdrucker-Gehülfen war der Antrag gestellt: die Arbeit einzustellen, und dieser Antrag mit Majorität angenommen. Hierin liegt, nach der Anklage, ein Vergehen im Sinne des §. 182. der Gewerbe-Ordnung.

Die vorläufigen Auslassungen der Angeklagten ergeben, daß sie als Komité-Mitglieder die übrigen Gehülfen durchaus nicht zur Arbeits-Einstellung aufforderten, vielmehr erklärten: „es müsse Jedem überlassen bleiben, zu thun, was er wolle;" speziell ergab sich, was auch später durch die Zeugen bestätigt wurde, daß jeder Angeklagte seine Gehülfenstelle vor dem 1. August gekündigt hatte.

Nach einer glänzenden, $\frac{3}{4}$ Stunden füllenden Vertheidigungsrede, in welcher zuletzt auf die allgemeine Noth der Buchdrucker-Gehülfen und die Aufregung aller Arbeiterklassen in jener Zeit hingewiesen, und als Milderungsgrund hervorgehoben wird, trägt der Vertheidiger Dr. Stieber auf Freisprechung oder doch ein so geringes Strafmaaß (10 Minuten bis 1 Stunde Gefängniß) an, daß die auf einen solchen §. (182. d. Gew.-Ord.), der eine garantirte Freiheit vernichte, begründete Strafe illusorisch werde, welcher Ausdruck vom Vorsitzenden gerügt wird. Die Publikation des Urtheils wird bis morgen Mittag 12 Uhr angesetzt. — Schluß 3 Uhr.

(C. B.)

Breslau, den 18. Jan. Gestern ist Pulszky hier durchgereist und direct nach Dresden gefahren, um von da mit Szallay, dem Schwager Kossuth's, nach Brüssel zu gehen. Pulszky hat Pesth am 4. d. verlassen und lange Zeit in Schlesien krank gelegen. Seine Aufschlüsse über den Ungarischen Kampf beschränken sich auf Folgendes: Ein entscheidender Sieg kann vor der Hand über die Oesterreichische Macht nicht errungen werden, dazu wäre nur eine Verwicklung der Oesterreicher, vielleicht mit Italien, günstig; doch wird sich Kossuth noch Monate lang halten können, da die Berichte über das Zasammenschmelzen seiner Armee durchweg lügenhaft sind. — Pulszky hat das Lager wegen Krankheit verlassen und seine Reise scheint eine politische Mission zu sein; seine Güter in Ungarn im Werthe von $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, hat Windischgrätz als confiscirt erklärt.

Königsberg, den 17. Jan. Der Dr. Kosch erklärt in einer, den hiesigen Zeitungen zugesandten Erklärung die Mittheilungen in den „Enthüllungen der Wahloperationen der Demokraten", soweit sie ihn betreffen, für eine „freche Lüge."

Paderborn, den 17. Januar. Der Justizminister Rintelen hat an das Ober-Landesgericht zu Münster ein Schreiben gerichtet, in welchem er dasselbe auffordert, die von Herrn Temme gegen seine Amtssuspension eingereichten Beschwerden, zu prüfen und darüber zu entscheiden. Das hiesige Ober-Landesgericht hat sich bekanntlich nicht für ermächtigt gehalten, die Criminal-Untersuchung gegen Temme zu übernehmen, und zwar, weil es der Ansicht war, daß nach § 5. des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 24. September v. J., womit Art. 7. und Art. 88. der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dez. v. J übereinstimmen, dem Justizministerium die Befugniß nicht mehr zustehe, in Strafsachen, im Fall der Perhorrescenz des zuständigen Obergerichts, einen andern Gerichtshof, dessen Competenz nicht schon durch das Gesetz begründet ist, mit der Untersuchung zu beauftragen.

Hamburg, den 16. Januar. Ein eigenthümlicher Fall macht hier großes Aufsehen. Der am 13. d. M. verstorbene Direktor des Stadtheaters, Jean Baptista Baison, sollte morgen feierlich beerdigt werden. Zur großen Ueberraschung des Publikums wurde aber gestern Abend die Leiche von der israelitischen Gemeinde reklamirt, indem es sich durch Dokumente ergeben, daß der Verstorbene jüdischer Konfession ist. Seine nächsten Freunde, ja die Frau selbst (er hinterläßt drei unmündige Kinder) haben nichts von dessen jüdischer Abstammung gewußt, er war nicht zum Christenthum übergetreten und doch wurde er von Stadt und Land für einen Protestanten gehalten.

Braunschweig, den 17. Januar. Dem Braunschweigischen Bevollmächtigten in Frankfurt, Legationsrath Liebe, wurde gestern die Instruktion zugesandt: Im Namen des Herzogs von Braunschweig der Reichsgewalt zu erklären, daß derselbe mit Einsetzung eines einzigen und erblichen Oberhauptes für den Deutschen Bundesstaat einverstanden und der Meinung sei, daß diese Würde am entsprechendsten auf die Krone von Preußen übertragen würde. — Die Grundrechte sind bei uns ohne weiteres Landesgesetz geworden. Niemand hat daran herumgemäkelt; der ständische Ausschuß und die Staatsregierung begegneten sich in preiswürdigem Eifer, die ungesäumte Einführung des großen Deutschen Volksfreibriefes möglich zu machen.

Frankfurt, den 14. Januar. Der Reichsrath Graf v. Giech ist heute in Folge erhaltener dringender Aufforderung auf ganz kurze Zeit nach München abgereist, um dort bis zur Ernennung eines anderen Präsidenten der Kammer der Reichsräthe die Leitung der Geschäfte dieser eben zusammentretenden Kammer zu übernehmen, da außerdem die Constituirung derselben gehindert sein würde.

Frankfurt a. M., den 15. Januar. Unter den hier weilenden Fremden befindet sich Herr Mascasenas, Gesandter der Republik Bolivia. Er ist von seinem Gouvernement nach Deutschland geschickt, um betreffs der Deutschen Auswanderung die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierungen auf sein Vaterland zu lenken und Vorbereitungen zu einem zwischen der Republik Bolivia und Deutschland abzuschließenden Handelsvertrage zu treffen. Das Bolivianische Gouvernement ist der Deutschen Auswanderung manche Vortheile zu gewähren bereit, so unter andern will es sich verbindlich machen, Deutschen Einwanderern eine funfzigjährige Freiheit von allen Steuern und Abgaben zuzusichern.

— Man spricht davon, daß der Reichsverweser die Hoffnung hege, gegen Ende Februar seine hohe Mission erfüllt zu sehen, und also bis dahin nach Oesterreich zurückkehren zu können. Es dürfte indessen doch zu bezweifeln sein, ob die Reichsversammlung bis zu diesem Zeitpunkte ihre Aufgabe völlig gelöst hat. — Wie man hört, hat der Verfassungsausschuß der Frankfurter verfassunggebenden Versammlung den Verfassungsentwurf vollendet.

Frankfurt a. M., 16. Januar. 153ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs, „das Reichsoberhaupt, der Reichsrath," und zwar über Artikel I. §. 1. und §. 1. a. Neun und dreiviertel Uhr früh eröffnet der Präsident Herr Simson die Sitzung. Nach einigen Anrufungen und Beantwortungen von solchen ertheilt der Reichsminister der Finanzen, Herr v. Beckerath, über den Eingang der Matrikular-Beiträge zur Begründung einer Deutschen Marine Auskunft. Er fügt hinzu, daß seitens des Finanz-Ministeriums die Aufbringung des Marinefonds als eine dringende Angelegenheit erkannt und demgemäß behandelt wird. Darauf wird die gestern vertagte Berathung über das Reichs-Oberhaupt wieder aufgenommen. Der Präsident theilt einen Antrag von Wilhelm Schulz aus Darmstadt mit: Daß die Wahl des Oberhauptes zunächst nur auf ein Jahr erfolgen und daß sie den Urwählern des gesammten Reichsgebiets zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Ein neu eingebrachter Antrag von Rödinger und Genossen will die „regierenden" Fürsten von der Wahl ausgeschlossen sehen. Sodann erhält das Wort Herr Phillips aus München. Er kann sich nur für den Rotenhanschen Vorschlag erklären, daß ein Reichs-Direktorium errichtet werde. Das Preußische Kaiserthum wäre der Weg zur Republik. Es würde keine sechs Monate bestehen. Stahl aus Erlangen kommt von seinem ebenfalls Baierischen Standpunkte auf ein ganz anderes Resultat, als sein Vorgänger. Er ist der Ueberzeugung, daß nur mit einem erblichen Oberhaupte Deutschland als Deutschland bestehen könne, er ist sogar überzeugt, daß, wenn es jetzt nicht beschlossen werde, Deutschland sich nie einigen ließe. Wenn man das Gute erkannt habe, so möge man es gleich ins Werk setzen und dabei bleiben.

Auf die inhaltsvolle Rede Herrn Stahl's verschafft das Auftreten Herrn Venedey's dem Hause eine Pause der Ruhe. Er ist der Meinung, es möge ein Deutscher regierender Fürst an die Spitze gestellt werden, welcher es immer sei, er werde keinen Gehorsam bei den übrigen Regenten finden. Dagegen ist er überzeugt, die Macht werde einem Reichs-Oberhaupte nicht fehlen, dem keine dynastische Eifersucht entgegenstünde, sobald es aus dem Volke hervorgehe und das ganze ungetheilte Volk zur Stütze habe. Staats-Secretair Herr Bassermann wendet sich gegen die Herren Phillips, Venedey und Schüler, indem er die Gründe durchmustert, aus denen der Erstere ein Direktorium verlangt, die Letzteren aber die regierenden Fürsten von der Wählbarkeit zum Oberhaupte ausgeschlossen sehen wollen. Er weist auf das Beispiel Frankreichs hin, um zu zeigen, wie schnell persönliche Sympathieen wechseln. Herr Bassermann legt dann die Zustimmungsschriften der Deutschen Fürsten und Stände mit Recht als ein erhebliches Gewicht in die Wagschale für die Erblichkeit. Die Anklage: „wir würfen Oesterreich hinaus", bezeichnet der Redner als einen Wahnsinn. Oesterreich wird sich vielleicht von uns sondern, allein sagen Sie nicht, unser sei die Schuld. Der Ausspruch des Kaisers Nikolaus: es giebt nur zwei Staatsformen, die absolute Monarchie und die demokratische Republik, der hier angeführt worden, ist vom Czaar gebraucht worden, den besiegten Polen gegenüber. Dann adoptirte ihn Metternich. Aber ihm widerspricht die Verfassung Englands. Dort sehen wir eine constitutionelle Monarchie, deren Dauerbarkeit sich hinlänglich bewährt hat. Eine solche Verfassung lassen Sie uns gründen. Es ist nicht wahr, daß wir die letzte Karte ausspielten, daß wir nur noch einen einzigen Schlußstein aufzusetzen hätten. So armselig ist die Lage nicht, obschon ich ihre Schwierigkeiten nicht verkenne. Zur Linken gewandt fährt er fort: Woher kam und kommt der Widerstand gegen die Einheit? Von Ihrer Seite, meine Herren, und die Schadenfreude dazu, daß auch diesmal aus dem Deutschen Einheitswerke nichts werden könnte. Ihr Frohlocken stimmt wunderbar zusammen mit dem Frohlocken der Feinde Deutschlands, mit dem Jubel in Dänemark und Rußland bei der Hoffnung auf ein Fehlschlagen der Deutschen Sache. Uns aber (nach der Rechten deutend und in die Mitte des Hauses) soll es nicht stören, den eingeschlagenen Weg entschlossen weiter zu gehen. (Lebhafter Beifall.) Herr Reichensperger aus Trier ruft der Versammlung die Warnung zu: Rütteln Sie nicht am Baum der Geschichte. Die Idee des erblichen Kaiserthums ist noch nicht reif, und für Preußen möchte das Experiment leicht sehr kostbar werden. Herr Reichensperger ist daher für das Direktorium. Ihm folgt Herr Ostendorf aus Soest, der für das erbliche Kaiserthum und dessen Ertheilung an Preußen spricht, sodann Herr Strache aus Rumburg für die Trias. Sie wird gebildet aus dem Kaiser von Oesterreich an erster, dem König von Preußen an zweiter und aus dem Deutschen Volkswillen an dritter Stelle. Nachdem der Schluß der letzten Rede in einem allgemeinen Lachen untergegangen, wird die Vertagung der Berathung beliebt. Die heutige Sitzung schließt 3 Uhr Nachmittags. Nächste Sitzung: Donnerstag den 18. Januar.

Frankfurt, den 16. Januar. Die heutige Verhandlung hat ein interessantes Factum an das Licht gestellt. Die Linke hat gegen die Bezeichnung der Reichstagszeitung, als ihres Organs, sich laut verwahrt. Die Verbreitung der Reichstagszeitung, an welcher früher Robert Blum als Redacteur thätig war, hat beträchtlich abgenommen. — Wir fügen aus Frankfurter Blättern über die Abstimmung in der Oestereichischen Frage noch hinzu, daß gegen das Ministerium 87 Oesterreicher stimmten, 5 sich der Abstimmung enthielten, v. Schmerling abwesend war, und 115 von der Linken und dem Würtemberger Hof, 22 Abgeordnete aus Bayern und der Rechten sich diesem anschlossen.

Frankfurt, den 17. Januar. Die Frage über die Genehmigung der neuesten Demarkationslinie liegt dem völkerrechtlichen Ausschusse vor, welcher Herrn Schubert aus Königsberg mit der Ausarbeitung des Berichts beauftragt hat. Der Ausschuß wird sich seiner großen Majorität nach für die Genehmigung der Linie aussprechen. — Die Bewohner Homburgs haben ihren Fürsten ersucht, zu vermitteln, daß der Beschluß der National-Versammlung, über Aufhebung der Spielbanken, zurückgenommen werde. Dies Gesuch wurde jedoch zurückgewiesen. — Die Sammlung für die Kinder Auerswald's soll hier bereits 7000 G. übersteigen.

Dresden, den 17. Januar. Heute Mittag 1 Uhr wurde die feierliche Eröffnung des Landtags durch den König in der üblichen Weise vollzogen. Bei dem Eintritte des Königs brachte der Präsident der ersten Kammer, Dr. Joseph, ein dreimaliges Hoch auf den König aus, worauf derselbe den Thronsessel einnahm. Nachdem der König die Thronrede verlesen hatte, trug der Minister-Präsident Dr. von der Pfordten die Königl. Propositionen und Erläuterungen vor; nach deren Beendigung erklärte derselbe im Namen des Königs den Landtag für eröffnet, worauf der Präsident der zweiten Kammer, Stadtrath Hensel, dem König ein abermaliges Hoch ausbrachte. Der König und die Prinzen Johann und Albert verfügten sich hierauf in das Schloß zurück. Den Königl. Wagen eskortirte reitende Kommunalgarde, den Wagen der Prinzen dagegen eine halbe Schwadron leichter Reiter. Die früher übliche Spalier-Aufstellung von Kommunalgarde und Militair war unterblieben.

Hildburghausen, den 12. Januar. Aus hiesiger Stadt wird in diesen Tagen folgende mit vielen Unterschriften versehene Adresse nach Frankfurt abgehen: Hohe Nationalversammlung! Die Unterzeichneten, durchdrungen von der Wichtigkeit der demnächst über die definitive Deutsche Centralgewalt zu fassenden Beschlüsse und beseelt von dem lebhaften Wunsche, daß dieselben zur Wohlfahrt des Vaterlandes ausfallen mögen, halten es für ihre Pflicht, der hohen Nationalversammlung ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß sich Deutschland einer starken und dauernden Einheit, eines wirksamen Schutzes geordneter Freiheit und einer kräftigen Vertretung nach außen nur dann zu erfreuen haben wird, wenn die Centralgewalt erblich mit der Krone Preußens vereinigt sein wird.

München, den 15. Januar. Der konstitutionell-monarchische

Verein in Augsburg hat sich dafür ausgesprochen, daß dem Kaiser von Oesterreich die erbliche Deutsche Krone angeboten werde.

Stuttgart, den 8. Januar. Die Oberhaupts-Frage ist bei uns nicht eigentlich in die Masse des Volkes gedrungen. Nur im katholischen Oberlande, in den ehemals Oesterreichischen Landestheilen, weckt die noch nicht erloschene Sehnsucht nach dem in Vorder-Oesterreich so milden Oesterreichischen Scepter in Verbindung mit der kirchlichen Sympathie auch im Volke eine gewaltige Hinneigung für ein neues Oesterreichisches Kaiserthum, welche auch vom Clerus und seinen Organen sorgsam gepflegt wird. Im protestantischen Alt-Württemberg hat die Frage mehr nur die gebildeteren Klassen ergriffen, welche, mit Paul Pfizer, das einzige Heil von einem Preußischen Kaiserthum erwarten. (D. A. Z.)

Karlsruhe, den 15. Januar. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer zeigte Frhr. v. Andlaw an, daß er in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zu begründen gedenke: „Se. Königl. Hoheit den Großherzog ehrerbietigst zu bitten, mittelst Vorlage eines Gesetzes einen Verfassungs-Ausschuß zu berufen, welcher ein Wahlgesetz und eine Reform der Verfassung sofort zu berathen habe, um solche sodann einer zu berufenden Versammlung zu dem Zwecke vorzulegen, die neue Verfassung anzunehmen, abzuändern oder zu verwerfen."

Wien, den 15. Januar. Auf die Wiener Adresse hat das Ministerium Folgendes geantwortet: „Ein großer Theil der achtbarsten Bewohner Wiens hat seine Zustimmung zum ministeriellen Programm v. 27. Nov. ausgedrückt. Mit freudigem Dank empfängt das Ministerium diesen gewichtigen Beweis eines ehrenden, eines ermunternden Vertrauens. Ein hohes Ziel gilt es zu erreichen, das Ziel der vereinten Wünsche des Monarchen und der Völker Oesterreichs, die Größe, die Macht, die Einheit, die gesetzmäßige Freiheit der Gesammt-Monarchie. Im vollen Bewußtsein ihrer ernsten und schwierigen Aufgabe, aber fest entschlossen, auf der eingeschlagenen Bahn beharrlich fortzuschreiten, erkennen die Minister in Ihrer Adresse eine neue Bürgschaft für den gedachten Erfolg ihrer Bestrebungen.

Wien, den 16. Januar. In Folge des seit vorgestern eingetretenen Thauwetters hat sich das Eis der Donau gelöst und bei der neuen Brücke einen Eisstoß aufgeworfen. Mittags halb 1 Uhr trat das Wasser aus seinen Ufern, und in diesem Augenblicke stehen bereits die Vorstädte Leopoldstadt, Roßau und Erdberg unter Wasser. Gelingt es nicht bald, das Eis wegzuschaffen, so dürfte das Wasser die ersten Stockwerke erreichen und so hunderte von Familien in das größte Unglück stürzen. Da diese gelinde Witterung so plötzlich eingetreten ist, so scheint es, daß man auf die gewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln nicht sehr bedacht war; dieselben werden erst jetzt in größter Eile angewendet.

Wien, den 16. Januar. Aus Debreczin ist die Nachricht vom 11. d. eingetroffen, daß Kossuth mit seinem Anhang dort eingetroffen war. Er wurde von den ihm vorausgegangenen herbeigeströmten Magyaren mit vielfachem Hurrah! begrüßt. Er nahm seine Wohnung im Gemeindehause und verkündete dem Volke, nach seiner bekannten Weise, daß er jetzt erst in seinem Elemente sei. Das Gebäude des protestantischen Collegiums befahl er für die Sitzungen seines Reichstages herzurichten. Am 12. wollte er denselben mit seinen fanatischen ihm gefolgten Reichstagsmitgliedern eröffnen. Bekanntlich ist der Kern der dortigen Bevölkerung protestantisch und echt magyarisch. Allein der Handelsstand und alle Wohlhabenden sind mit dem Eintreffen des Agitators sehr unzufrieden. Sie zittern nicht mit Unrecht für ihr Eigenthum und Leben. Man darf indessen überzeugt sein, daß bei Annäherung der Kaiserl. Armee eben so wenig Widerstand zu erwarten ist, als in Pesth. — Aus Siebenbürgen haben wir Nachrichten bis zum 8., nach welchen sich Bem über Czernowitz nach Norden durchzuschlagen sucht. Allein in ganz Galizien und der Bukowina ist bereits der Belagerungsstand erklärt, und die Bauern bewaffnen und vereinigen sich überall mit den Kaiserl. Truppen.

Wien, den 16. Januar. Hier circuliren Gerüchte über das erwartete Einrücken der Russen in die Bukowina, was die Worte bewahrheiten würde, die Großfürst Constantin in Prag gegen Kaiser Ferdinand geäußert haben soll, nämlich: so lange Rußland noch über Einen Mann zu gebieten habe, dürfe und werde die Oesterreichische Monarchie nicht in Trümmer zerfallen. — Außer Kossuth, Pulsky und Tausenau wird auch Meszaros steckbrieflich verfolgt, indem man ihnen sämmtlich eine nach Schlesien und Galizien eingeschlagene Richtung zuschreibt. — Aus Debreczin soll eine Deputation von 60 Bürgern beim Fürsten Windischgrätz angelangt sein, um die Unterwerfung der Stadt anzubieten. Sämmtliche Kanonen, welche Kossuth mit sich nach Debreczin genommen, sollen um einige Linien zu enge gebohrt sein, so daß er von seinem Geschütz keinen Gebrauch machen kann, da die Kugeln nicht in die Oeffnungen passen; man glaubt, daß der Gußmeister dem Agitator absichtlich diesen Streich gespielt habe.

Wien, den 17. Jan. Der hiesige Sitzungssaal des Reichstags soll um beiläufig 200 Sitze für Deputirte vergrößert werden, welche für Italienische und Ungarische Abgeordnete bestimmt sind.

Die Jury in Triest ist in Folge Ministerial-Verordnung aufgelöst worden, indem sie in ihrer Zusammensetzung nicht jene Garantie bietet, welche man im Interesse der Ordnung und Freiheit von ihr fordert.

In diesem Augenblicke befinden sich Ungarn mit Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen und die Militairgränze, Galizien mit seinen Anhängseln, das Oesterr. Italien, Wien und ein Theil von Nieder-Oesterreich, beiläufig zwei Drittheile der Monarchie, im Belagerungszustande. Glückliches Beginnen des neuen Jahres. So weit hätten wir es also im Jahre der neuen Freiheit schon gebracht, und täuschen gewisse Zeichen am politischen Himmel nicht, so werden wir es schon noch weiter bringen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 16. Januar. Es heißt, daß der Russische Geschäftsträger in Paris, Baron Kisseleff, seine Pässe verlangt habe. Frankreich hatte seit dem Februar nur einen Geschäftsträger in Rußland, den General Le Flô. Dieser habe im November eine Audienz beim Kaiser Nicolaus gehabt, welcher ihm versichert, daß er die Republik anerkennen und einen Botschafter nach Paris senden werde, sobald die Republik durch die Ernennung Cavaignac's zum Präsidenten Bürgschaften ihrer Absicht gegeben, den Europäischen Frieden zu erhalten. In einer zweiten Audienz am 15. December habe der Kaiser nun eine vollständig andere Sprache geführt, gesagt, die Wahl Bonaparte's beweise das Fortleben des Geistes der Eroberung &c., und der General Le Flô sei von da an mit so wenig Rücksicht behandelt werden, daß er sich deshalb entschlossen, von St. Petersburg abzureisen. Dagegen habe nun der Russische Geschäftsträger in Paris am 13. d. M. seine Pässe verlangt. Diese Nachricht bedarf der Bestätigung.

— Auch die Touloner Sentinelle vom 10. Januar behauptet, es würden ungefähr 10,000 Mann eingeschifft, die dem Papst bei seiner Uebersiedelung von Gaeta nach Civita Vecchia als Schutz dienen sollen. — Aus Marseille wird die plötzliche Expedition gegen die Römer auf folgende Weise erklärt: „Die gesammte Europäische Diplomatie umschwärmte Se. Heiligkeit in Gaeta, um ihn zu vermögen, energisch gegen die Römer zu verfahren. Man sei endlich übereingekommen, daß er sein Hoflager in Civita Vecchia aufschlage und hierzu seien jene Rüstungen bestimmt." — Die hiesige Hafenarbeiter haben sämmtlich eine Protestation unterzeichnet, welche gegen die jüngsten Beschlüsse der Nationalversammlung rücksichtlich ihrer Arbeitsweise gerichtet ist. Sie haben zwei Delegirte gewählt, die auf gemeinschaftliche Kosten morgen nach Paris reisen, um dort die Protestation dem Marineminister oder der Nationalversammlung zu übergeben. Das Dampfboot Liamone hat den Hafen noch nicht verlassen. Es scheint, daß der Contre-Admiral Trehouart auch diese dritte Dampf-Expedition wieder befehlige.

— Poniatowski soll mit diplomatischen Aufträgen aus Florenz angekommen sein. — Der Präsident der Republik hat die Summe von 50,000 Frs. einer Capitalisten-Gesellschaft auszahlen lassen, welche sich in Paris gebildet hat, um das Pariser Proletariat in eine Art Berliner Familienhäuser zu pferchen. Jedes Arondissement soll eine sogenannte Cité ouvrière oder Arbeits-Caserne als Musterbild erhalten. Das Capital wird durch Actien aufgebracht, deren jede über 100 Frs. lautet, vier Procent Zinsen trägt und in 4 Coupons zu 25 Frs. getheilt ist, welche in Zehntheilen zu 2 Frs. 50 Cent. einzuzahlen sind. Somit können sich die Armen selbst betheiligen.

Paris, den 18. Jan. Die vorgestrige und die gestrige Sizzung der National-Versammlung waren ohne alles Interesse. Der Finanzminister zog in der ersteren Sitzung den Gesetzentwurf über die Mobiliarsteuer zurück; Herr Goudchaux erklärte, daß er von seiner Initiative als Repräsentant Gebrauch mache und jenen Gesetzentwurf unter der Form einer Proposition wieder einbringen würde. Die National-Versammlung nahm dann nach einer ersten und einfachen Lesung den Kredit von 2,720,000 Frs. für die Liquidation der Nationalwerkstätten an. — In der gestrigen Sitzung wurde über den Gesetzentwurf berathen, welcher den in Folge der Sklaven-Emancipation mit Verlusten bedrohten Kolonisten eine Entschädigung gewährt. Dann wurde der Gesetzentwurf, demzufolge die Wagenfabrikation mit einer Steuer belegt werden soll, berathen; desgleichen der Gesetzentwurf über die Majorate u. s. w. Herr Od. Barrot legt einen Dekretentwurf vor, demzufolge die des Attentats vom 15. Mai Angeklagten vor den hohen Gerichtshof, statt vor die Assisen, gewiesen werden sollen. Der Dekret-Entwurf wurde für dringlich erklärt. Zum Schluß wurde ein Petitionsbericht erstattet. Es sind noch 8000 Petitionen im Rückstad.

Die Patrie erwähnt, daß L. Napoleon bis heute 140,000 Briefe erhalten habe, in deren meisten er um eine Unterstützung angegangen werde. Sie macht indeß diese Erwähnung, um auf ein höheres Budget für den Präsidenten der Republik zu dringen.

Spanien.

Madrid, den 7. Januar. Aus Anlaß eines neulichen Abenteuers der Königin, wobei sie das Unglück hatte, verwundet und arretirt zu werden, soll Narwaez den Plan gefaßt haben, die Regierung zu einem Triumvirat, bestehend aus der Königin, deren Gemahl und Mutter, umzuschaffen. Man würde natürlich den Cortes nicht als Grund die lockere Lebensweise der Königin angeben, sondern daß ihre Gesundheit unter der anstrengenden Sorge für die Staatsgeschäfte gelitten habe, daß man ihr deshalb die Last erleichtern müsse, indem man ihr die reife Erfahrung der theueren Mutter und den gesunden Sinn des geliebten Gatten zur Seite stelle. Man fürchtet Schwierigkeiten für die Ausführung dieses Plans von Seiten der karlistischen Partei und der Höfe von Rußland und England; man rechnet dagegen auf Frankreich, denn, wie auch immer die Staatsform Frankreichs sich ändern mag, seine Politik gegen Spanien bleibt dieselbe, nämlich durch einen Herrscher aus Französischem Blut ausschließlichen Einfluß auf der Halbinsel zu üben. (D. Z.)

Schweiz.

Bern, den 15. Jan. (D. Z.) In Neuenburg regt sich die royalistische Partei. Sie richtet an die Mitglieder der gestürzten Regierung Adressen, streut im Volke die Nachricht aus, der Tag sei nicht ferne, der sie von der Herrschaft der Republikaner befreien und ihrem Herrn, dem König von Preußen, wieder zuführen werde; die Gutgesinnten sollten nur in Hoffnung ausharren. Ich habe schon früher die Befürchtung ausgesprochen, der Kanton Neuenburg werde der Schweiz noch Konflikte bereiten; denn daß der Berliner Hof seine Ansprüche auf Neuenburg nicht aufgegeben hat, beweist, außer dem Vorbehalt des Herrn von Sydow bei der Anerkennung der neu konstituirten Schweiz in Betreff Neuenburgs, eine Antwort der Königin von Preußen auf eine von den Damen von Couvet an sie gerichtete Loyalitätsadresse. Der Königliche Brief lautet: „Meine Damen! Ich spreche Ihnen meine aufrichtig gefühlte Erkenntlichkeit aus für den Brief, welchen Sie an mich gerichtet. Die rührende und so geprüfte Treue der Neuenburger, welche in Ihrem Briefe so schön ausgedrückt ist, ließ mich eine so lebhafte als süße und wohlthuende Rührung empfinden. Der, wie ich zu Gott hoffe, augenblickliche Verlust dieses theuren Landes, welches der König und ich immer so sehr geliebt und geschätzt hatten, war die Ursache meiner ersten Thränen beim Beginn jener Epoche, welche mich so viele andere sehr bittere vergießen machte; aber meinen ersten Schmerz habe ich durch Neuenburg empfunden. Gott wolle mir in seinem Erbarmen das Glück gewähren, so viele treue Unterthanen wieder unter den väterlichen Schutz ihres guten Königs zurückkehren zu sehen, um in seiner Liebe und Erkenntlichkeit den Lohn ihrer Treue zu finden! Laßt uns Gott bitten, meine Damen, daß er mir noch einmal das Recht gebe, Sie meine Kinder zu nennen! Sie sind es immer in meinem Herzen. Der König war eben so gerührt, als ich, von den ergreifenden Ausdrücken Ihres Briefes und den Wünschen, die Sie für ihn und mich hegen. Er spricht nur mit tiefer Rührung und mit einer Bewunderung von Neuenburg, welche ich Ihnen vergeblich zu schildern versuchen würde. Leben Sie wohl, meine Damen, ich möchte gern an jede von Ihnen noch besonders meinen Dank richten und für die, welche, ich weiß es, keine Gelegenheit hatten, ihren Namen zu unterzeichnen, für Sie Alle die Versicherung meiner unveränderlichen Zuneigung. Potsdam, den 10. Dec. 1848. Elisabeth, Königin von Preußen."

Baselland, den 12. Januar. (Eidg. Ztg.) Das Großherzoglich Badische Untersuchungsgericht in Freiburg hat seinerseits von der hierseitigen Regierung die Auslieferung der provisorischen Regierung der Republik Deutschland, als der Beraubung öffentlicher Kassen schuldig, verlangt. Es wurde auf dieses Verlangen erwiedert, daß dergleichen Ersuche, nach Art. 10. der Bundesverfassung, an den Bundesrath zu richten seien. Auf dieses hin hat sodann oberwähntes Untersuchungsgericht das nämliche Begehren an den Bundesrath gestellt. Letzterer hält nun, nach einem Schreiben an die diesseitige Regierung, dafür, daß, bis die einschlagenden Verhältnisse durch ein Bundesgesetz näher regulirt sein werden, es in der Kompetenz der Kantons Regierungen liege, über solche Auslieferungsgesuche einen Entscheid zu fassen; daß jedoch eine anfällige Schlußnahme allerdings durch das Organ des Bundesrathes an die requirirende auswärtige Behörde mitzutheilen wäre. Da sich laut Bericht der Polizei keine der in Frage stehenden Flüchtlinge mehr im Kanton befinden, so ist diese Angelegenheit wohl als erledigt anzusehen.

Tessin. Der Staatsrath hat nunmehr, da er den Ernst der eidgenössischen Behörden sieht, die Lombardischen Flüchtlinge, immer noch 317 an der Zahl, in drei Klassen getheilt. Der ersten Klasse, 85, haben die eidgenössischen Kommissare den Aufenthalt im Kanton gestattet, die zweite Klasse, 210, muß in 8, die dritte, aus 17 Personen bestehend, in drei Tagen den Kanton verlassen. Der „Republikano" sagt, allgemein habe man erwartet, die zweite Klasse werde noch geschont werden, aber „in Bern sieht man die Dinge mit den Augen Radetzky's an." (Basl. Z.)

Italien.

Rom, den 6. Januar. Das Ministerium erließ dieser Tage wichtige Verordnungen rücksichtlich der Erwerbs- und Eigenthumsverhältnisse. Im Kriegsministerium herrscht große Thätigkeit. Viel grobes Geschütz geht nach Bologna und Ancona ab. Man überwacht die Rüstungen der Oesterreicher in Piacenza, Modena und Ferrara aufs Genauste. Die Cardinäle Altieri und Ferretti sind aus Gaeta hier eingetroffen. Es heißt, der Papst wolle einen Bannfluch gegen die Römer schleudern. — Der König von Neapel hat jetzt seine Residenz nach Gaeta verlegt und seine ganze Familie ist ihm gefolgt. Er fährt fort, dem Papste jede mögliche Aufmerksamkeit zu erweisen. Auch ein außerordentlicher Portugiesischer Gesandter war in Gaeta angekommen, der von Seiten seiner Königin jede Unterstützung zu bieten den Auftrag hatte. — Selbst Toscana habe, heißt es im Französischen Univers, seinen Gesandten in Rom, Herrn Barbagli, von dort abberufen, um ihn nach Gaeta zu senden — eine Nachricht, die, wenn sie wahr wäre, einen völligen Umschwung im Glaubensbekenntniß des Hrn. Guerazzi bewiese. — Zucchi und Cardinal Amati, der Legat von Bologna sind ebenfalls in Gaeta angekommen. Zucchi soll auf der Reise in Lebensgefahr geschwebt und sich eine Zeitlang in Spezzia verborgen gehalten haben, um nicht erdolcht zu werden. — Während man hier der sämmtlichen Päpstlichen Dienerschaft und sogar den Beamten der Vaticanischen Bibliothek die Gehalte entzieht, fließt dem Papste das Geld vollauf zu. — Hier scheint die Reaktion zu seinen Gunsten festen Fuß fassen zu wollen. Ein Theil der Bürgerwehr schämt sich jetzt, von Sterbini, an jenem Abend, wo man zur Vertreibung der Republikaner unters Gewehr gerufen wurde und statt dessen die Constituante votiren mußte, übertölpelt worden zu sein. Man hat den Sturz des Ministeriums beschlossen, und Viele glauben, daß es zu einer Krisis kommen werde. Die Constituante nämlich hat von der Republik Venedig eine Fahne zum Geschenk erhalten, und diese sollte bereits in feierlichem Triumphzuge nach dem Capitol gebracht werden.

Genua, den 7. Januar. Die Lombardische Auswanderung,

namentlich der militairpflichtigen jungen Männer, nimmt täglich zu. Der Militair-Despotismus ist bis auf einen Punkt gestiegen, welcher an die schnödesten Infamien vom letzten März erinnert.

Türkei.

Konstantinopel, den 27. Dec. Wie in der griechischen und schismatisch-armenischen, so hat nun auch in der katholisch-armenischen Kirche ein Patriarchenwechsel stattgefunden. Hassun, der seitherige katholisch-armenische Patriarch, dankte ab, und die Gemeinde erwählte sofort den Dem Salviani Vatabad zum Patriarchen. Die katholisch-armenische Gemeinde bestand schon seit längerer Zeit darauf, daß der Patriarch einen Rath von 12 Laien sich beigeselle, um gemeinschaftlich mit diesem über die weltlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu entscheiden. Dazu wollte sich der frühere Patriarch durchaus nicht verstehen, und weil er nicht länger Widerstand leisten konnte, dankte er ab. Der neugewählte Patriarch muß sich nun den ihm beigegebenen Laienrath gefallen lassen.

Einem alten Brauch zufolge, werden auf Weihnachten jedes Jahr die gerade in den Gefängnissen befindlichen Griechen und Armenier auf das Ansuchen ihrer Patriarchen drei Tage lang freigelassen und stellen sich dann nach dem Fest wieder in den Gefängnissen ein.

Der Kurdenhäuptling Nurullah Bey, Gouverneur von Hakiari, hat die Fahne der Empörung aufgepflanzt.

Wochen-Bericht.

Der wichtigste Theil unseres heutigen Berichts betrifft die in Frankfurt erfolgte Beschlußfassung in der Oesterreichischen Frage. Das Problem, das wie ein drückender Alp über der Zukunft Deutschlands schwebt, ist, wenn auch nicht ohne heißen Kampf, gelöst worden; das wichtigste Hinderniß einer wahren Einigung des Deutschen Volkes ist hinweggeräumt, die Gründung eines wirklichen Bundesstaates so gut als gewiß geworden. Was immer noch den unbestimmbaren Einflüssen der augenblicklichen Ereignisse preisgegeben war, ein definitives Abkommen zwischen Deutschland und Oesterreich, ist nun in die Hand Heinrichs v. Gagern gelegt: der Austritt Oesterreichs aus Deutschland ist unwiderruflich. — Die Berathung über diese Frage hat einen Kranz unverwelklichen Ruhmes um das Haupt Gagerns geschlungen, dessen Verhalten in dieser ganzen Zeit die gleiche Größe, Entschiedenheit und Offenheit ununterbrochen bewahrte. Bewundernswerth war schon sein Schreiben an den Oesterreichischen Ausschuß; unübertroffen dann seine beiden Reden am 9ten und 13ten. Nächst ihm trat Vincke glänzend hervor; ihm gelang es, auf die zweideutige Haltung der Herren Schmerling und Würth ein schlagendes Licht zu werfen. — War bei der Abstimmung die Majorität nicht groß, so war das wegen der Theilnahme der Oesterreichischen Deputirten nicht anders zu erwarten. — Als nächster großer Beschluß rückt nun die Entscheidung über das Reichsoberhaupt immer näher; jetzt am wenigsten hat irgend jemand Grund, bei dieser Frage eine Verleugnung der sonstigen Würde und Besonnenheit in der Frankfurter Versammlung zu befürchten, die wir auch in dem minder bedeutsamen Beschluß wegen Aufhebung der Spielbanken in Deutschland nicht verkennen. — Auch in anderer Beziehung lichtet sich der Gesichtskreis unserer Deutschen Verhältnisse immer mehr. Hatten wir noch neulich von den matten Erklärungen der Regierungsbevollmächtigten in Bezug auf die Einführung der Grundrechte in den einzelnen Deutschen Staaten zu berichten, so ist doch seitdem in mehreren von diesen die Veröffentlichung bereits erfolgt (in Hessen-Kassel, Oldenburg, Sachsen-Weimar). Die Macht aber der im Deutschen Volke eine wirkliche staatliche Einheit begehrenden Stimme hat sich in zahllosen Erklärungen nicht nur einzelner Vertreterversammlungen, sondern einer Menge von Volksvereinen und in vielen, zum Theil durch edlen Ton ausgezeichneten Erklärungen Deutscher Fürsten gezeigt. Zu Gunsten einer erblichen Oberhoheit Preußens haben sich nun noch der König von Sachsen, die Großherzoge von Schwerin, Oldenburg, Baden, Hessen, der Kurfürst von Hessen und sämmtliche thüringische Fürsten ausgesprochen; in demselben Sinne hat sich die zweite Badische Kammer erklärt und von Volksvereinen wollen wir hier nur nennen die Bürgervereine in Koburg-Meinungen, Altenburg, Rendsburg, Lübeck, Hamburg, den Deutschen Volksverein in Oldenburg, den Deutschen Verein in Dresden, mehrere Vereine aus Südbaden, eine ganze Reihe von Braunschweigervereinen, den Dortmunder Congreß, mehrere hundert Vereine der Rheinlande und Westphalen u. s. f. Man kann sich unmöglich noch gegen die Ueberzeugung sträuben, daß im Bundesstaate Deutschland die entschiedene Majorität des Volkes Preußen an der Spitze von Deutschland sehen will. Aus Baiern hört man über die Volksstimmung wenig, ebenso aus Hannover; von den Regierungen dieser Länder ist mit Grund der Widerstand gegen das erbliche Kaiserthum des Preußischen Königs zu erwarten. Entschiedene Erklärungen fehlen noch von hier. — Inzwischen hat das immer mehr hervortretende Bewußtsein der Schwäche in den kleineren Deutschen Staaten zu einer Conferenz von Ministern der acht Thüringischen Fürstenthümer geführt. An Mediatisirung will freilich noch keiner denken und sogar die Einsetzung eines Gesammtministeriums ist an dem Widerspruch Meiningens und Gothas gescheitert, doch ist wenigstens ein Thüringischer Staatenbund mit einem Staatenhause und einer gewissen gegenseitigen Vereinbarung in Bezug auf Gesetzgebung und Justiz in Aussicht. — In Schleswig-Holstein nehmen die Verhältnisse wieder eine bedenkliche Wendung. Dänemark scheint, abgesehen von seiner früheren Absicht, Schleswig ganz sich einzuverleiben, diesem eine besondere Verfassung geben, es aber zugleich von Holstein trennen zu wollen. — Darüber hat sich großer Unwille in den Herzogthümern erhoben und aller Orten tauchen Proteste gegen derartige Maßnahmen auf.

Die Preußische Regierung hat durch Einführung der neuen Wechselordnung einen bedeutenden Schritt zur Verwirklichung der Deutschen Einheit gethan; außerdem hat sich in der jüngsten Vergangenheit das Cultusministerium mehrfach vernehmbar gemacht; wir erinnern namentlich an die den Schullehrern zugegangene Weisung, ihren Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen und an die so eben erfolgte Eröffnung der Versammlung von Seminardirektoren und Seminarlehrern. — Die Wahlagitationen dauern fort; erfreulich ist es, daß immer mehr diejenige Partei hervortritt, welche eine auf der Basis der gegebenen Verfassung wahrhaft freisinnig wirkende Vertreterversammlung erstrebt.

Oesterreichs Reichstag hat zwar die Schwierigkeit beim ersten Paragraphen der Grundrechte verwunden, indem er denselben fallen gelassen hat; die entschiedene Mißstimmung der Kammer gegen das Ministerium zeigte sich jedoch am 8. d. M. in dem mit großer Majorität abgefaßten Beschlusse, wonach sich der Reichstag durch die Erklärung des Ministeriums über §. 1. der Grundrechte in seiner freien Meinungsäußerung für beschränkt erklärte. Man zweifelt mit Grund daran, daß die Regierung die Grundrechte, wie sie wahrscheinlich aus den Berathungen der Kammer hervorgehen werden, sanctioniren werde und die Auflösung des Reichstags oder der Rücktritt des Ministeriums wäre die unausbleibliche Folge.

Das Glück der Oesterreichischen Waffen in Ungarn ist sich im Ganzen gleich geblieben. Am 5. d. M. erfocht der Feldmarschall Schlick über Messaroß einen bedeutenden Sieg bei Koszyca, in welchem dieser gefangen wurde. Kossuth flüchtete nach der Einnahme von Buda-Pesth nach Debreczin. Die sich öfter wiederholenden Nachrichten von seiner Gefangennahme haben sich nicht bestätigt. Im Banat erfochten indeß die Oesterreicher unter Meyerhofers Leitung einen großen Sieg über die Magyaren und aus den Karpathen rückt eine Oesterreichische Heeresabtheilung siegreich auf Chemnitz und Kremnitz. In Siebenbürgen war Oberst Urban erst glücklich; doch ist Clausenburg wieder verloren gegangen. Der Pole Bem hat sich dorthin geworfen; doch scheint ihn das Glück schon wieder zu verlassen. In wie weit sich die Nachricht von einer großen Niederlage der Magyaren zwischen Szegedin und Debreczin bestätigen wird, ist abzuwarten. Windischgrätz läßt in seinen Proklamationen den Ungarn die ganze Strenge eines unnachsichtlichen Siegers fühlen; doch hat er auch den bei der Ungarischen Armee dienenden Kaiserlichen Offizieren und Soldaten durch Zusicherung einer Amnestie den Rücktritt möglich gemacht.

Ganz Galizien, wo man eine Erhebung, durch polnische Emissäre hervorgerufen, fürchtet, ist in Belagerungszustand erklärt. Zwischen der Lombardei und Piemont bereitet sich der Ausbruch der Feindseligkeiten immer mehr vor; es scheint, als werde Radetzki den Kampf eröffnen. — Auch in Venedig erwartet man den Angriff der Oesterreicher.

In Rom ist die Verwickelung der Dinge noch ungefähr dieselbe wie in voriger Woche. Die Auflösung der Junta ist erfolgt; die Einberufung der Constituante scheint aber auf das Volk wenig Eindruck zu machen. Die Proklamationen des Papstes werden nach wie vor von der radikalen Partei möglichst geheim gehalten. doch regt sich nichtsdestoweniger die alte Anhänglichkeit an Pius IX. Ob es in Rom zur Intervention fremder Mächte kommt, wird die nächste Zukunft zeigen; inzwischen giebt die Einladung des spanischen Hofes an die katholischen Mächte, wegen Reconstituirung des Papstes in Spanien, als dem zur Zeit ruhigsten Lande (!), zu ganz eigenthümlichen Gedanken Anlaß.

Der König von Neapel rüstet mit aller Gewalt gegen Sicilien und spannt seine Forderungen etwas hoch — dafür hat er aber auch für den Nothfall die Zusicherung Russischer Hülfe bekommen.

In Frankreich ist in der letzten Vergangenheit ein Antrag wegen Auflösung der Nationalversammlung im März zu weiterer Erwägung angenommen worden. Sie ist ein allzugroßes Hinderniß für alle, welche mit dem neuen Präsidium auch ganz neue Prinzipien herrschen sehen möchten und so erlangte denn der Rateausche Antrag, vom Ministerium unterstützt, eine Majorität von drei Stimmen. Im Volke war eine gewisse gereizte Stimmung gegen die Versammlung hervorgerufen worden und zahlreiche Petitionen verlangten ihren Rücktritt. Sobald es zu neuen Wahlen kommen sollte, dürfte die Republik in Frankreich auf wenig Stützen mehr zu rechnen haben. — L. Napoleon fährt fort, sich immer mehr mit den widerwärtigen Ceremonien des Hoflebens zu umgeben; für die nächste Zukunft hat er eine Rundreise in die Provinzen vor.

Aus Rußland tönte unlängst die Nachricht von einem Vertrage des Kaisers mit dem Papste zu Gunsten der Römischen Katholiken in Rußland herüber.

Aus Aegypten wurden weitläufig die Feierlichkeiten beim Empfange des neuen Vicekönigs Abbas Pascha beschrieben.

Aus Amerika wird noch fortwärend über das Goldland Californien berichtet; das Gold ist dort außerordentlich im Preise gesunken; aus allen Gegenden strömen Besuche dorthin zusammen. Die Schattenseite dieser großen Entdeckung ist, daß Handel und Ackerbau in jenem Lande liegen gelassen werden und daß die Möglichkeit einer so leichten Bereicherung den Bewohnern auch die Scheu vor allem Gesetz und aller Ordnung genommen hat. — Außerdem droht ein in beiden Kammern Südcarolinas gefaßter Beschluß den alten Zwiespalt zwischen den nördlichen und südlichen vereinigten Staaten wegen Aufhebung der Sklaverei zum offenen Ausbruch zu bringen.

Markt-Bericht.

Berlin, den 20. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26—27½ Rthlr., p. Frühjahr 82pfd. 28 Rthlr. Br. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 15¼ Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare, 30—31 Rthlr., Futterwaare 28—29 Rthlr. Rüböl loco 13¼ à ⅙ Rthlr. Br. u. bez., p. diesen Monat 13⅙ à 13 Rthlr., Januar/Febr. 13 Rthlr. Br. u. bez. Febr/März 13 Rthlr. Br., 12 11/12 bez., ⅚ G. März/April 12⅚ à 12¾ Rthlr. April/Mai 12⅔ à 12⅝ Rthlr. Mai/Juni 12½ à 12⅜ Rtlhr. Leinöl loco 9⅚ Rthlr., Lief. 9⅚ à ¾ Rthlr. bez. Mohnöl 17½ Rthlr., Lief. 17 Rthlr. Palmöl 13¾ Rthlr., Lief. 13½. Südsee-Thran 10¾ Rthlr., Lief. 10½.

Spiritus loco ohne Faß 14⅚ Rthlr. bez., p. Januar 15 Rthlr. nominell, p. Februar 15⅓ Rthlr. dto., p. März 15¾ Rtlr. dto., p. Frühjahr 16½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 20. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	100¾
Staats-Schuldscheine	3½	79⅝	79⅛
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	98½	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	98¼	97¾
Westpreussische Pfandbriefe	3½	83¾	—
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	—	81½
Ostpreussische "	3½	90¾	90¼
Pommersche "	3½	—	90¾
Kur- u. Neumärk. "	3½	—	90⅞
Schlesische "	3½	90	89¾
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	91½
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12⅞	12⅜
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80
" Prioritäts-	4	—	87¼
Berlin-Hamburger	4	60½	—
" Prioritäts-	4½	—	92½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	60½
" " Prior. A. B.	4	84	—
" " "	5	—	95
Berlin-Stettiner	4	89	89
Cöln-Mindener	3½	—	79½
" Prioritäts-	4½	—	92½
Magdeburg-Halberstädter	4	112½	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	72
" Prioritäts-	4	87	87
" "	5	—	98½
" " III. Serie	5	—	94½
Ober-Schlesische Litt. A	3½	—	94¼
" B.	3½	—	94¼
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	51
Stargard-Posener	4	—	71¼

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 14. bis 20. Januar.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
14. Jan.	+ 2,0°	+ 5,2°	26 Z. 11,3 L.	S.
15. "	+ 1,5°	+ 2,4°	27 " 7,8 "	NW.
16. "	+ 2,0°	+ 2,3°	27 " 8,0 "	NW.
17. "	+ 1,5°	+ 4,0°	27 " 9,0 "	SW.
18. "	+ 2,0°	+ 6,2°	27 " 11,1 "	W.
19. "	+ 1,7°	+ 6,0°	27 " 10,2 "	SW.
20. "	+ 3,0°	+ 5,3°	27 " 11,0 "	W.